

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

24.3.1930 (No. 71)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: G. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,25 RM. einj. 80 RM. ... Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf.

Amtlicher Teil

Numerus clausus für das wissenschaftliche Lehramt an den Höheren Lehranstalten in Baden

Da die Warnungen vor dem Beruf des wissenschaftlich gebildeten Lehrers an den Höheren Lehranstalten nichts gebrühet haben, mußte sich die badische Unterrichtsverwaltung dazu entschließen, den sogenannten Numerus clausus für den Zugang zum wissenschaftlichen Lehramt an Höheren Lehranstalten einzuführen.

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland) In der Berichtszeit vom 13. bis 19. März hat die Entlastung des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung nur langsame Fortschritte gemacht.

Der Reichsstädtebund zum Selbstverwaltungsgesetz

Gesamtvorstand und Hauptauschuss des Reichsstädtebundes beschlossen — wie aus Berlin gemeldet wird — einmütig, an Anbetracht der schlechten Finanzlage der mittleren und kleineren Städte die diesjährige Mitgliederversammlung aus Sparmaßnahmsgründen ausfallen zu lassen.

Letzte Nachrichten

Diskontermäßigung der Reichsbank

Wechseldiskont 5 Proz., Lombardzinsfuß 6 Proz. WTB. Berlin, 24. März. (Tel.) Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 25. März d. J. den Wechseldiskontsatz von 5 1/2 auf 5 Prozent und den Lombardzinsfuß von 6 1/2 auf 6 Prozent herabgesetzt.

Die innerpolitische Lage in England

Macdonald über die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung WTB. London, 24. März. (Tel.) Macdonald hat sich jetzt zu der Frage der Möglichkeit einer vorzeitigen Parlamentsauflösung, die verschiedentlich in der Presse erörtert wurde, ausgesprochen.

Antisemitische Kundgebungen in Lemberg

WTB. Warschau, 24. März. (Tel.) Wie aus Lemberg gemeldet wird, kam es gestern neuerdings zu antisemitischen Kundgebungen der polnischen Studenten.

Der drohende Bürgerkrieg in China

WTB. London, 24. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Shanghai: Die Kantingregierung will nach ihrer eigenen Erklärung eine Entschärfung beibehalten und die Offensive gegen die verbündeten Gegner im Norden Chinas ergreifen.

Der Youngplan in Frankreich

Ratifizierung durch den französischen Finanzausschuss Der Finanzausschuss der französischen Kammer hat am Samstag mit allen gegen eine Stimme (Abg. Mandel) den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Youngplanes in seiner Gesamtheit angenommen.

* Der Parteitag der Deutschen Volkspartei

Unter vernünftigen Politikern braucht wohl gar nicht darüber gestritten zu werden, daß es am besten wäre, wenn man die Finanz- und Steuerreform mit der augenblicklich regierenden Koalition unter Dach und Fach bringen könnte.

Und es ist offenbar auch der Wunsch der Deutschen Volkspartei. Der Parteiführer, Dr. Scholz, hat am Samstag in Mannheim ausdrücklich betont, daß auf die Dauer kaum gegen oder ohne die Sozialdemokratie regiert werden könne.

Der ernste Wille zur Erhaltung der Großen Koalition und zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist also da. Die Frage ist nur die, ob man sich über die praktischen Maßnahmen der Reichsfinanz- und Steuerreform selbst wird einigen können.

Nach den Meldungen der letzten Tage scheint es fast so, als ob die Aussichten dafür, daß diese Erwartung sich erfüllt, nicht einmal schlecht sind.

In übrigen erblickt die Deutsche Volkspartei ihre Aufgabe in einer Politik „bürgerlicher Sammlung“.

Mit besonderem Nachdruck hat der Parteiführer Dr. Scholz der „Sammlung“ das Wort geredet und erklärt, daß auch seine Person bei der Durchführung dieser Idee keine Rolle spielen dürfe.

partei das Wort geredet. Diese „Staatspartei“ würde praktisch die Demokraten, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Volkspartei und die Abplitterungen der Deutschnationalen umfassen, mit der Deutschen Volkspartei als Kerngruppe. Wir werden abzuwarten haben, welche Ausichten sich diesem neuen Versuch einer Zusammenfassung eröffnen. Erklärlich sind die Bestrebungen. Sie entspringen alle der Befürchtung, daß das staatsbehaltende, mitarbeitersfreundliche „Bürgertum“ nur durch Zusammengehen die Macht in die Waagschale werfen kann, die ihm ziffernmäßig zukommt. Denn es ist, vom Standpunkt dieser „bürgerlichen“ Politiker aus gesehen, wohl richtig, daß der Einfluß der Sozialdemokratie im wesentlichen auf der Tatsache der Zersplitterung des „republikanischen Bürgertums“ beruht.

Das Wichtige bei alledem ist jedoch, daß an eine Art Boykottierung der Sozialdemokratie, an eine prinzipielle Ausschließung nach dem Muster Eugenbergs nicht gedacht wird, daß man vielmehr die Mitarbeit der Sozialdemokratie grundsätzlich wünscht und gewillt ist, ihr weit entgegenzukommen, vorausgesetzt, daß dabei die deutsche Wirtschaft gefördert. Was die Lage dieser Wirtschaft anlangt, so hat sich Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer auf dem Parteitag „gegen den hemmungslosen Wirtschaftspessimismus“ gewandt. Berechtigt ist ein solcher maßloser Pessimismus ja auch keineswegs, wenn es jetzt gelingt, eine einigermaßen vernünftige Finanz- und Steuerreform zustande zu bringen.

Der Fall Hanau in Paris Eine sensationelle Flucht

Die als „Präsidentin“ verschiedener schwindelhafter Kongresse und Vortragsreisen in Paris seit langem in Haft sitzende Frau Hanau hatte, um ihre Freilassung herbeizuführen, zum Mittel des Hungerstreiks gegriffen und ihn am Samstag bereits 21 Tage durchgehalten. Sie wurde zuletzt mittels einer durch die Speiseröhre in den Magen eingeführten Sonde zwangsernährt. Sie hatte es dabei verstanden, sich Mitleid und Sympathien beim Pariser Publikum zu sichern. Sogar eine Glaubigerorganisation trat für sie ein. Sonntag nacht gelang es ihr, aus dem Krankenhaus, wohin sie verbracht worden war, zu fliehen. Sie hatte während des Tages zwei Tassen Kaffee zu sich genommen, anscheinend um für ihre Flucht Kräfte zu sammeln. Sie begab sich nach ihrer Flucht in ein nahe gelegenes Kaffeehaus, von dort aus rief sie ihren Rechtsbeistand an und teilte ihm mit, sie habe, um sich nicht mehr zwangsernähren zu lassen, soeben das Krankenhaus verlassen und wolle sich in das Gefängnis St. Lazare zurückbegeben. Dort ist sie tatsächlich in einer Autodrochse eingetroffen. Da sie sich in völlig erschöpftem Zustand befand, wurden ihr von dem Gefängnisarzt Kampferinjektionen verabfolgt. Im Verlauf des Abends erschien ihr Rechtsbeistand bei ihr, der namens seiner Klientin gegen die leitenden Ärzte des Krankenhauses Strafantrag wegen Nötigung zu stellen gedenkt. Frau Hanau hat in einem Schreiben an die Direktion des Krankenhauses selbst mitgeteilt, daß sie sich ins Gefängnis zurückbegeben, um der Zwangsernährung zu entgehen.

Die „Europa“ fährt uns „Blaue Band“

Am zweiten Tage ihrer Ozeanfahrt, am Samstag, hat die „Europa“ die Schnelligkeit ihres Schwesterschiffes, „Bremen“, übertroffen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 25,5 Knoten pro Stunde, während die „Bremen“ am zweiten Tage ihrer Refordfahrt nur 27,5 Knoten erreichte. Es besteht demnach die Möglichkeit, daß die „Europa“ der „Bremen“ das „Blaue Band“ des Ozeans entreißen wird. Durch das bessere Wetter sind die Chancen des Dampfers, den Reford der „Bremen“ zu schlagen, gestiegen. Um ihn zu überholen, müßte die „Europa“ morgen mittag, 12 Uhr, das Ambrosfeuererschiff passieren.

In der Nacht zum Sonntag wurden fast alle Krefelder Kirchen mit roter Farbe beschmiert und mit Säben wie „Religion ist Opium! Nicht Rom gegen Moskau, sondern Arbeiter gegen Kapital!“ versehen.

Bei Fontresina wurde am Sonntagnachmittag eine Skiläufergruppe am Moratatschlaglescher von einer Lawine überrollt. Dr. Wiesel aus Ludwigshafen wurde getötet. Die Leiche wurde geborgen.

Badisches Landestheater Sebastianlegende

von Hermann Heinz Ortner

(Reichsdeutsche Uraufführung am Samstag, 22. März 1930)

Mit bemerkenswerter Gleichmäßigkeit müht sich unsere Landesbühne, alljährlich um die Osterzeit wieder die alten Mythen- und Sagenstoffe einzubürgern. Nun sind allerlei dichterische Kräfte in den letzten Jahren am Werk gewesen, solche Legendenhandlungen rührend und ergreifend dem Publikum nahezubringen und damit der modernen Bühne einen Hauch von dem zu vermitteln, was einstens die mittelalterlichen Laienspiele so fruchtbar und auch dramatisch sehr bedeutsam machte. Aber tatsächlich scheint die neue Bewegung doch noch arg in den ersten Anfängen zu stehen und auf eine eigene Art der Nachzählung, wie sie dringend zu fordern wäre, vielfach ganz zu verzichten. Denn dadurch, daß man Primitivität der Empfindung einfach schon mit volkstümlicher Kunst gleichzusetzen magt, ist nichts Positives dazugewonnen, und wenn sich die Autoren auch noch so berechtigt fühlen können, ihre legendarischen Erzeugnisse dem üblichen Theaterschema einzuordnen und in den üblichen Kulissenablauf zu bringen, so bleibt es doch meist bei einer peinlichen Dramatisierung ohne eigentliches Drama, aber der christliche Optimismus, der in diesen Neudichtungen steckt, hilft wenigstens über die Schwächen hinweg. Gefährlicher freilich wirkt sich ein anderer Irrtum aus, sobald man glaubt, unter dem Glorionschein des Märtyrertums eine Aktion aufbauen zu dürfen, die mehr und mehr völlig in veralteten, genügsamen Theaterkitsch entgleist und selbst den religiösen Stoff zu einer aufgeplusterten, reichlich verwässerten Angelegenheit werden läßt.

Wenn wir leider so über Hermann Heinz Ortners Spiel vom Glauben und seinen Wundern, das unter dem Namen „Sebastianlegende“ am Samstagabend seine reichsdeutsche Uraufführung hier erlebte, urteilen zu müssen meinen, so betrifft dies natürlich in erster und einziger Linie die literarische Seite des in seinen Mitteln absolut kraft- und saftlosen Produktes. Von betontem Rhythmus oder klarer Sprechweise findet sich nämlich keine Spur; so widrig der Autor derbe Bäuerlichkeit Oberösterreichs mit Ausdrücken biblischer Deutlichkeit mischt. Aber auch inhaltlich wird man zu oft an

Das Bündnis Papag-Lloyd

Erparnisse durch scharfe Durchrationalisierung

Der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Jakob Goldschmidt, erklärte einem Mitarbeiter der „B. Z.“ über das Arbeitsabkommen zwischen Lloyd und Papag u. a.:

Durch die Arbeitsgemeinschaft der beiden Großreedereien erhält die gesamte deutsche Wirtschaft einen starken Impuls. Die Art des Vertrages bietet die Gewähr dafür, daß die Eigenart und die Eigenheiten sowohl der beiden Schiffahrtsgesellschaften wie auch der beiden Häfen Hamburg und Bremen in vollem Umfange aufrechterhalten bleiben und daß trotzdem gewaltige Erparnisse erzielt werden können. Das Abkommen wird vor allem auch wertvolle Erparnisse durch Schaffung eines scharf durchrationierten Gemeinschaftsverkehrs bringen. Finanziell erfordert das neue Gemeinschaftsabkommen, wenigstens im Augenblick, keine besonderen Aufwendungen. Sowohl die Papag als auch der Lloyd haben aus ihren Ameritageschäften noch erhebliche Freigabegelder zu erwarten, mit deren Eingang die Unternehmen in absehbarer Zeit rechnen. Die Mittel würden ausreichen, um die finanziellen Aufwendungen, die das jetzige Gemeinschaftsabkommen im Gefolge hat, zu decken.

Beide Großreedereien gehen mit der Absicht um, in absehbarer Zeit ihre schwebende Schulden zu konsolidieren. Das Gemeinschaftsabkommen schafft einen einheitlichen Block der deutschen Großreedereien. Zwar bleiben nach außen hin beide Gesellschaften selbständig. Nach wie vor wird auf den Weltmeeren die Hausflagge der Papag neben der des Lloyd wehen. Aber intern wird eine weitgehende Verbindung beider Reedereien durchgeführt. Durch den gegenseitigen Austausch der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates wird eine so enge Verbindung hergestellt, daß man beinahe von einer Fusion sprechen kann.

Das Ergebnis der Zollfriedenskonferenz

Die Konferenz zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen ist am Sonntagnachmittag in Genf zu einer längeren Vollversammlung zusammengetreten, in der ihre Arbeiten abgeschlossen wurden. Die Schlussitzung mit dem Unterzeichnungsakt ist auf heute, Montag, nachmittag angelegt.

Drei Dokumente liegen zur Zeichnung auf. Eine vorläufige Abstimmung ergab, daß Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Luxemburg bereit sind, zu unterzeichnen, wahrscheinlich werden aber gleichzeitig auch Holland, Italien, die Schweiz und Rumänien, also insgesamt neun Staaten, heute unterzeichnen. Nicht unterzeichnen wollen Japan, Spanien und Ungarn. Die übrigen 18 Delegationen machten ihre Entscheidung von den Instruktionen ihrer Regierungen abhängig. Bei den vorliegenden drei Dokumenten handelt es sich 1. um die Konvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen, 2. das Protokoll über weitere Wirtschaftsverhandlungen zum Zwecke der Zollentlastung und des Abbaues der Handelszölle, und 3. die Schlussakte. Sofern diese Dokumente nicht sofort in der Schlussitzung unterzeichnet werden, kann die Unterzeichnung bis zum 15. April 1930 hinausgeschoben werden. Zur endgültigen Inkraftsetzung der Konvention wird in der ersten Novemberhälfte eine Konferenz der Staaten abgehalten werden, die die neue Konvention ratifiziert haben.

Neue Vorschriften für das Pflegepersonal in der Säuglings- und Kleinkinderpflege

Der Reichsrat stimmte mehreren vom Reichsminister des Innern vorgelegten Entwürfen zu, nach denen die Landesregierungen ersucht werden, die Ausbildung und staatliche Prüfung des Pflegepersonals auf dem Gebiete der Säuglings- und Kleinkinderpflege nach bestimmten Richtlinien einheitlich zu regeln. In Zukunft wird unterschieden werden zwischen Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die in einem einjährigen Lehrgang ausgebildet und für die Pflege gesunder Säuglinge und Kleinkinder in der Familie bestimmt sind, und zwischen Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, die nach zweijähriger Ausbildungszeit vorzugsweise für die Verorgung kranker Kinder, in erster Linie in Anstalten, in Betracht kommen.

Die gekürzten Ländersubventionen. Die vom Reichsrat auf Grund des preußischen Antrags beschlossene Herabsetzung der Ergänzungsanteile nach § 35 des Finanzgleichgesetzes von bisher 25 auf 15 Prozent der Länderanteile berührt, wenn sie im Reichstag bestätigt wird, in der Hauptsache die kleineren norddeutschen Länder. Es werden erhalten: Oldenburg 3,3 (bisher 3,8) Millionen, Mecklenburg-Schwerin 3,5 (5,8), Lippe-Deimold 0,8 (1,4), Mecklenburg-Strelitz 0,45 (0,75), Schaumburg-Lippe 0,2 (0,4) Millionen Reichsmark.

Luther und Fischart erinnert, die beide die Legende gelegentlich einmal „Lügende“ nannten. Schon daß der Held, der Mörder und Rebell Sebastian Brant, der am Martersfahle die Wunden des Heiligen erduldet, sich nur ans Fressen zu halten scheint, nimmt dem tragischen Gehalt manches von seinem Gewicht, der Spannung viel von ihrer Intensität, und wie nun seiner bärenhaften Gelassenheit und ungeklärten Gutmütigkeit die Mitleidsmoral eines Mädchens gegenübergestellt wird, an dem sich so etwas wie das Wunder von Konnerreuth vollzieht, damit dürfte sogar dem untemperierten Gefühl eines naivgläubigen Gemütes zu viel an plumper Mode zugemutet sein. Dagegen hilft kein Vorpruch mehr, in dem Armand Zanneberger bittet, das Stück ja nicht mit dem kühlen Verstand, sondern mit reinem Verzen zu betrachten, da nicht auch nichts Dr. Landgrebes Ansicht (im Programmheft), das moderne Wort „Suggestion“ sei Teil jener uralten Kraft, die übrigens hier außerdem noch den Rahmen plöschlich gehen und einen Stimmungen sprechen läßt.

Unendlich schwierig ist zweifellos die Wiedergabe jedes Passionsspiels, besonders aber die eines Werkes, das sich wie dieses eben so in acht Bilder zerstückelt, um das fehlende Knöchelgerüst einigermaßen vorzutauschen, wie es den Mangel an gehobenem Dichtewort oft durch platte Banalitäten zu ersetzen sucht. Dr. Walter Landgrebe verfuhr als Regisseur mit bemerkenswertem Takt und wußte der schwächlichen Handlung immerhin da und dort stärkere Momente zu geben. Auch zur ornamentalen Füllung der Szenen tat Loriten Gedts wirklich Gutes: Er gubrierte nur Schwarz-Weiß hinter einem feierlichen, weitbogigen Silberrahmen und erreichte somit als Bühnenbildner einiges von dem angeführten gradlinigen Holzschmittcharakter, nach dem man sonst vergebens suchte. Den ins häuerliche Milieu des XVI. Jahrhunderts gestellten Figuren blieben vor allem Paul Gierl (Sebastian Brant) und Elisabeth Vertram (Maria) nicht jede Bühnenwirksamkeit schuldig. Auch Hermann Brand (Nichter Brant) vollbrachte neben den vielen kleinen Rollenträgern noch eine größere Leistung. Einiges unfretwillige Gelächter, das hin und wieder während des Abends entstand, wurde durch der vorzüglichen Gesamtinszenierung schnell erstickt; am Schluß gab es zwar nicht sehr starken, aber doch widerprüchlichen Beifall, auf den hin auch der anwesende Autor sich mehrmals an der Rampe zeigen konnte.

Reichswehr wird kaufmännisch

Der Reichswehrminister beabsichtigt, wie die Berliner „Montagspost“ erfährt, vom 1. April dieses Jahres an das Kassenwesen der gesamten Reichswehr umzuorganisieren und es auf eine kaufmännische Basis umzustellen.

Grund zu dieser Umorganisation gaben die umfangreichen Unterschlagungen in der Reichswehr, die in den letzten Jahren den Betrag von 4 Millionen Reichsmark überschritten haben. Während bisher jedes Wirtschaftsbereichs, Versorgungs- und Unterfunksamt seine eigene Kasse verwaltete wird es nunmehr am Standort nur eine Kasse geben, die von den Buchhaltungen getrennt wird. Die Kasse wird in Zukunft nur auf Anweisungen des Buchhalters die erforderlichen Gelder auszahlen dürfen, und die Quittungen werden zur Buchhaltung, wie in jedem kaufmännischen Betriebe zurückgehen. Der Minister glaubt, daß in Zukunft durch ein derart vereinfachtes und vereinfachtes Kontrollsystem der Unterschlagungen ein Ende bereitet wird.

Hitler staatenlos

Zu der Frage, ob Hitler die thüringische Staatsangehörigkeit erwerben kann, wird mitgeteilt, daß Hitler nicht österreichischer Staatsangehöriger, sondern staatenlos ist. Nach Schluß des Krieges wurde er in Österreich wegen seines Militärdienstes in der deutschen Armee nicht wieder aufgenommen. Hitler war dann der Meinung, daß er nach vierjähriger Zugehörigkeit zur deutschen Armee die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben hätte. Seine Anhänger sind bemüht, die Zuerkennung einer deutschen Staatsangehörigkeit für Hitler auf gesetzlichem Weg zu erreichen.

Nach dem geltenden Staatsangehörigkeitsgesetz kann, wenn die Aufnahme in ein Land eine Gefahr für das Gemeinwohl bedeutet, die Erteilung der Staatsangehörigkeit verweigert werden. Auf diese Klausel hat man sich bereits bei der Ablehnung der Bemühungen der Nationalsozialisten auf Zuerkennung der Staatsangehörigkeit an Hitler gestützt. Im übrigen wird bei besonderen Fällen die Entscheidung über die Erteilung der Staatsangehörigkeit durch den Reichsrat herbeigeführt. Zur Annahme eines solchen Antrages ist Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Ein Versuch Hitlers, eine deutsche Staatsangehörigkeit auf dem Wege über das thüringische Innenministerium zu erreichen, soll nicht unternommen worden sein.

Sturm auf ein Fürsorgeheim

In der Nacht zum Sonntag hatten Berliner Kommunisten einen Überfall auf das Landesberghausheim Struneshof zur „Befreiung der Häftlinge“ geplant, der glücklicherweise vereitelt wurde. Etwa 120 Kommunisten rüdten gegen 12 Uhr in zwei getrennten Jügen zu 40 und 80 Mann aus der Richtung Grothboeren gegen das Heim vor, wollten es umzingeln und dann stürmen. Der Leiter des Heims war jedoch rechtzeitig über diesen Anschlag unterrichtet worden und hatte die Landjäger verständigt. 22 Landjäger empfangen die Kommunisten mit schußbereiten Gewehren. Ein junger Burische gab auf einen der Beamten einen Schuß ab, der fehlging. Die Kommunisten gingen mit Schlagringen und feststehenden Messern gegen die Landjäger vor, die sich nun gezwungen sahen, zum Gummistülpel zu greifen. Nach kurzem Widerstand wurden die Demonstranten überwältigt und in drei Lastautos, die das Überfallkommando Potsdam geschickt hatte, nach Potsdam gebracht, wo sie einstweilen in polizeilichen Gewahrsam genommen wurden. Die Potsdamer Kriminalpolizei hat die Unterjuchung eingeleitet.

Die Stuttgarter Trichinoseerkrankungen infolge des Genusses von Wärenschilden haben zu sechs Todesfällen geführt. Der Direktor Grängler, der ebenfalls von dem vermeintlichen Lederbissen genossen hatte, erlag am Samstagabend der Trichinose. Als zwei weitere Opfer sind ein 46 Jahre alter Buchhalter im Cannstatter Krankenhaus und ein 35jähriger Geschäftsführer einer Stuttgarter Firma in seiner Wohnung in Waiblingen auf den Hildern gestorben. Auch verschiedene Personen aus Heilbronn liegen schwer krank darnieder.

Heute, Montag, vormittag wurde in Berlin in der Filiale der Commerz- und Privatbank in der Müllerstraße 182 die Kassiererin Marie Billebe, die ungefähr 12 000 M auf das Konto einer Brotfabrik einzahlen sollte, von mehreren Personen überfallen und 1200 M geraubt. Die meisten Täter kamen in einem Auto vor das Haus der Bank. Einer gab einen Schrotschuß ab, durch den niemand verletzt wurde, und entzih der Kassiererin, die gerade mit dem Aufgählen des Geldes beschäftigt war, die Geldtasche. Die Täter sind im Auto unerkannt entkommen.

Eine Bassermannfeier in Mannheim

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei fand Sonntag nachmittag mit der Enthüllung des Ernst-Bassermann-Denkmales, das Professor Lederer am Lilienpark in Mannheim errichtet hat, seinen Abschluß. Die Enthüllung fand in Anwesenheit des Parteivorstandes, sowie der meisten Delegierten Parteivertretern, ferner der städtischen Verwaltung Mannheim und unter starker Beteiligung der Bevölkerung statt. Auch die Minister Dr. Curtius und Dr. Molkenhauer sowie Frau Luise Bassermann nahmen an dem Festakt teil. Die Weibereide hielt der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, der die Bedeutung Bassermanns eingehend würdigte. Der Führer Bassermann habe die Partei von einer vielleicht etwas einseitigen Betreuung der Industrie hingelenkt auf eine gleichmäßige Fürsorge für alle produktiven Stände. Dr. Nebner grüßte in Ernst Bassermann einen der Männer, die auf ihn stärksten persönlichen Eindruck gemacht haben, der alte Freiburger Schwabe grüße den alten Heilberberger Schwaben, der Mitkämpfer im Weltkrieg grüße den „guten Kameraden“, der noch mit 60 Jahren die Waffen für sein Vaterland ergriß. Wir alle grüßen den wahrhaft nationalen, liberalen und sozialen Menschen, der unserer Partei neue Wege und Ziele gewiesen hat! Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes nahm Oberbürgermeister Dr. Heimerich das Denkmal in die Obhut der Stadt Mannheim. Er wies darauf hin, daß Ernst Bassermann in seiner 30jährigen Tätigkeit im Mannheimer Stadtrat die Entwicklung Mannheims von der Handels- zur Industriestadt lebhaft gefördert, und trotz starker Finanzknappnahme durch Reichspolitik und Parteiführung die Interessen seiner Vaterstadt in vorbildlicher Weise auch in Berlin immer erneut zur Geltung gebracht hat. Die Stadt Mannheim wird sein Denkmal in Ewige bewahren.

Parteiorganisierender Dr. Scholz legte als erster für Parteileitung und Reichstagsfraktion einen Kranz nieder. Auch der Ortsverein Mannheim der Deutschnationalen Volkspartei ließ einen Kranz niederlegen, ebenso die Großdeutsche Volkspartei Österreichs und die Saarländische Volkspartei durch Kommerzienrat Köchling.

S. Ed.

Badischer Teil

Minister Wittmann in Freiburg

Am Donnerstag, den 20., und Freitag, den 21. März 1930, weilte der neue Minister des Innern, Wittmann, in Freiburg und Umgebung, wo er verschiedene offizielle Besuche abstattete und eine Reihe staatlicher Anstalten besichtigte.

Am 21. März fand im Bezirksratssaal eine Besprechung der Landräte des Landeskommissariatsbezirks Freiburg statt, bei welcher die wichtigsten aktuellen Probleme der inneren Verwaltung in Anwesenheit des Herrn Ministers erörtert wurden.

Der Nachmittag war für einen Besuch bei der Polizei vorgesehen. Am Portale der Polizeidirektion empfing Polizeidirektor Baer den Minister, welcher von den Ministerialräten Dr. Jung und Dr. Bora, Polizeihauptmann Blantzen, Landeskommissar Schworer, Landrat Wöhler und Regierungsrat Kühn begleitet war. Zunächst besichtigte der Minister die auf dem Hofe der Polizeidirektion unter dem Kommando des Polizeimajors Aufhammer aufgestellte gesamte uniformierte und nichtuniformierte Polizei, wobei sich der Minister die Polizeiführer vorstellte und sich mit zahlreichen Beamten eingehend unterhielt.

Nachdem sich sodann die Beamten in der festlich geschmückten Halle versammelt hatten, begrüßte der Polizeidirektor den Minister namens der Beamten mit herzlichen Worten. Der Minister erwiderte in eingehender Weise und ging auf die Bedeutung der Polizei für ein geordnetes Staatswesen näher ein, wobei er seine Vertiefung dieser Einrichtung und sein Interesse an ihrer Fortentwicklung in lebhafter Weise zum Ausdruck brachte. Er nehme das Versprechen des Polizeidirektors, treu zur Verfassung und Pflichtenfüllung zu stehen, mit Genugtuung auf. Radikale Elemente von beiden Seiten verführten zwar in letzter Zeit auch auf die Polizei Einfluß zu gewinnen. Dies dürfe nicht sein und müsse unter allen Umständen verhindert werden. Der Staat habe die Verpflichtung, solchen Elementen gegenüber die äußerste Abwehr zu entfalten, damit schon die Versuche erfolglos blieben. Diejenigen, die unsere heutige Ordnung stürzen wollen, verhängen sich schwer am Volke. Das deutsche Volk habe schon zu viel durch Putzde erlitten, als daß es derartiges ertragen könne. Sollten trotzdem abermals schlimmere Zeiten über uns kommen, dann müsse es gelingen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Deshalb sei er im Landtag mit Nachdruck dafür eingetreten, daß die Polizeibeamten eine Stellung haben müssen, die Befriedigung finde und ein Leben gewähre, das menschenwürdig sei. Aus dieser Einstellung heraus sei er mit ganzer Kraft für die Polizei eingetreten. Alle Wünsche hätten infolge der Finanznot freilich nicht erfüllt werden können. „Gönnen Sie“, so schloß der Minister, „mir Ihr Vertrauen, wie Sie es auch meinem Vorgänger gewährt haben. Ich versichere Sie, daß auch ich Sie in mein Herz einschließen und so rufe ich Ihnen allen zu: Glück auf zur gemeinsamen Arbeit.“

Es erfolgte sodann eine eingehende Besichtigung der Unterrichtsräume der Beamten und der sonstigen Einrichtungen der Polizeidirektion, wobei man auch dem Berufsunterricht kurze Zeit anwohnte. Im Anschluß daran wurden praktische Verkehrsaufgaben vorgeführt; dabei trat auch der elektrische Verkehrsapparat, die bekannte Erfindung des hiesigen Ingenieurs Sternheim, in Erscheinung.

Von der Polizeidirektion begab man sich nach der Polizeidirektion, wo der Erkennungsdienst mit seinen modernen, kriminaltechnischen Einrichtungen das lebhafteste Interesse des Ministers erregte. Minister Wittmann brachte dem Polizeidirektor seine vollste Befriedigung mit dem Gesehenen zum Ausdruck.

Gegen Mißstände im Badewesen

In den letzten Jahren haben sich beim Baden im Freien, bei Wasser-, Luft- und Sonnenbädern, besonders außerhalb der Badeanstalten Auswüchse gezeigt, die nicht überall mit der gebotenen Strenge bekämpft worden sind. Bei der großen Bedeutung des Badens für Gesundheit und körperliche Erziehung ist es zu bedauern, daß diese Auswüchse manchenorts auch dem geordneten Badebetrieb Abbruch getan haben. Der Minister des Innern hat daher die Polizeibehörden angewiesen, im Interesse der Sittlichkeit und des Anstandes und zur Förderung des geordneten Badewesens künftig der Verhütung und Bekämpfung von Mißständen — insbesondere des wilden Badebetriebs, ungenügende Bekleidung, der Verletzung des Publikums auf öffentlichen Wegen — erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und gegebenenfalls mit Nachdruck einzuschreiten. Diese Maßnahmen sind auch durch die Interessen des Fremdenverkehrs begründet, der sich von Landesteilen, in denen betrieblige Mißstände bestehen, abzuwenden beginnt.

Da erfahrungsgemäß beim wilden Badebetrieb die größten Auswüchse vorkommen, sollen ferner die Gemeinden angehalten werden, ausreichende Badebelegenheit an geeigneten Orten unter Beachtung aller einschlägigen Bestimmungen zu schaffen, was sich meist ohne nennenswerte Kosten durchführen läßt.

Verwendet einheimisches Holz!

Die Lage der heimischen Wald- und Holzwirtschaft hat sich im Laufe der letzten Jahre in höchst bedenklichem Maße verschlechtert. Als Ursache für die gegenwärtigen, schwierigen Verhältnisse sind die Abfälligkeiten für Rundholz und Schnittwaren zu erblicken, die in der Hauptsache auf die zunehmende Verwendung ausländischen Holzes am öffentlichen und privaten Baumarkt zurückzuführen sind. So sind beispielsweise 1928 fast 19 Millionen Festmeter ausländischen Holzes nach Deutschland eingeführt worden, während in den Vorkriegsjahren, also in Zeiten wirtschaftlicher Blüte Deutschlands, jährlich durchschnittlich 13 bis 14 Millionen Festmeter zur Einfuhr gekommen sind.

Die deutsche Eigenart, ausländische Waren den heimischen Erzeugnissen vorzuziehen, hat sich bezüglich des Rohstoffes Holz in ganz bedenklichem Umfang ausgebreitet. Es sei nur erinnert an die zunehmende Verwendung von Kiefer und Oregonkiefer für den Belag der Fußböden. Dabei ist der deutsche Bodenparkettboden haltbarer und nicht teuer; auch sind unsere Tannenriemen dem fetterem, porösen und weichen Oregonkiefer in Bezug auf Zähigkeit und Festigkeit unsträflich überlegen. Für Fensterrahmen und Türen wird bei Neubauten heute häufig die Verwendung von amerikanischem Holz vorgeschrieben, obgleich unsere Kiefer die gleichen Dienste leistet. Millionenbeträge werden so ins Ausland abgeführt, während die heimische Holzindustrie und die Waldwirtschaft ihre Erzeugnisse nur unbedeutend absetzen können, und unsere Sägewerke zu Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen gezwungen sind.

Minister Dietrich über die Landwirtschaft

Ein Vortrag in Karlsruhe

Dem Landwirtschaftlichen Klub Karlsruhe war es gelungen, den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, zu einem Vortrag zu gewinnen, der Samstag nachmittag im überfüllten Saal III des Colosseums stattfand. Unter den Zuhörern befand sich auch Staatspräsident Dr. Schmitt, während vom Ministerium des Innern der Ministerialrat Dr. Jung erschienen war. Alle landwirtschaftlichen Organisationen und sonstige Interessentenkreise hatten Vertreter entsandt. Nach Begrüßung durch den Klubvorsitzenden, Präsident Müller (Deutscher Weinbauverband) sprach Reichsminister Dietrich in fast anderthalbstündiger Rede über obiges Thema.

Er beklagte die katastrophale Lage am Weltgetreidemarkt und stellte fest, daß Deutschland den besten Weizenpreis der ganzen Welt habe. Das Weizenproblem sei in Deutschland restlos gelöst. Der Minister zeigte dann die Schwierigkeiten für den Vollerwerb wie auch für die Futtermittel auf, erinnerte dabei an die widerstreitenden Interessen zwischen der ostdeutschen und der nordwestdeutschen Landwirtschaft, um schließlich das inzwischen bekanntgewordene neue Agrarprogramm der Regierungsparteien näher zu erläutern. Er legte die Gründe für die Maisbewirtschaftung dar und unterstrich im Hinblick auf die Entwicklung des Weltzuckermarktes die Notwendigkeit, die deutsche Zuderzeugung auf den heimischen Bedarf abzustellen. Im Verlaufe an der Ausfuhr zu vermeiden, wie sie heute tatsächlich eintreten, sei daher eine Kontingenzierung der Zuderzeugung unumgänglich. Die Fortgewährung des Schutzzolltarifs für Zucker sollte gebunden werden an eine vorübergehende freiwillige Kontingenzierung, die verhindert, daß mehr Zucker erzeugt wird als das deutsche Volk braucht. Der Zuderzoll konnte durch die Festlegung eines Höchstpreises auf 21 bis 22,35 RM prohibitiv gesteuert werden. Man will den Zuderzoll jetzt von 25 auf 32 RM pro Doppelzentner hinaufsetzen.

Was den Tabakbau betrifft, so sei eine gewisse Ordnung im Anbau und eine ständige Verbesserung der Qualität von Nöten. Dazu werde man früher oder später versuchen müssen, die Pflanzler zu organisieren. Der Minister berührte auch die Belange der badischen Milchwirtschaft, dabei der Erwartung Ausdruck gebend, daß in der vorangehenden Zeit von 5 Jahren die Dinge zu Ende seien. Er lenkte darauf den Blick nach dem deutschen Osten, der aus seiner Not, die ihn zum Erliegen zu bringen drohe, herausgerissen werden (lebhafter Zustimmung). Der Minister unterstrich zum Schluß unter höchstem Beifall die Bedeutung einer leistungsfähigen Landwirtschaft für die gesamte deutsche Volkswirtschaft.

Die Aussprache nahm einen interessanten und anregenden Verlauf. Reichsminister Dietrich, dessen Worten für die Landwirtschaft allseitig Anerkennung fand, ging im Schlußwort auf alle an ihn gestellten Fragen ein. Er wies daraufhin, daß die Rentenbankzinsen verschmälert werden, teilte weiter mit, daß man sich bei der Kreditvergabe um die Beschaffung von Krediten für den Tabakbau bemüht habe und ebenso für eine Verbilligung der Selbstfermentation eingetreten sei. Der Minister stellte auch einige Tausend Mark zur Förderung des Grünanbaues in Aussicht. Zum polnischen Handelsvertrag bemerkte er, daß die 200 000 polnischen Schweine die Preisgestaltung nicht beeinflussen würden. Wegen einer eventuellen Gefahr sei Vorkehrung getroffen. Abgesehen von den bereits festzustellenden größeren Handelsbeziehungen.

Mit einem herzlichen Dankeswort an Minister Dietrich schloß darauf Präsident Müller die Versammlung.

Kommunalpolitische Landestagung der Deutschen Demokratischen Partei

Am Sonntag fand in Durlach eine kommunalpolitische Landestagung der Deutschen Demokratischen Partei statt, die sehr gut besucht war. Am Vormittag sprach Reichsminister A. D. Dr. Müller über „Demokratische Finanzpolitik“ im Reich.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden sei reif zu einer gründlichen Fortbildung. Das Reich werde zur Durchführung seiner Gesetze und seiner Aufgaben die Gemeinden künftig viel mehr einspannen müssen. Der kommunalen Selbstverwaltung sei in weitestem Umfang die Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wohlfahrt der örtlichen Volksgemeinschaft zu überlassen. Endziel der kommunalen Sozialpolitik sei sozialer Ausgleich und soziale Verschönerung. Der Redner forderte Rückkehr zur freien Wohnungswirtschaft. Man werde jedoch erst weiterkommen, wenn einmal die Grundlagen für eine Reichsstadtordnung angekrebt seien.

Am Nachmittag hielt Oberbürgermeister Renner, Rastatt, einen Vortrag über badische Finanzpolitik. Den Gemeinden sei vielfach die finanzielle Selbstständigkeit genommen. Er forderte äußerste Sparsamkeit, die sich aber nicht nur auf den Haushalt der Gemeinden, sondern auch auf den des Landes beziehen müsse.

Sodann verteilte sich Landtagsabgeordneter Hoffmann, Heidelberg, über „die politische Bedeutung der Kommunalwahlen und das taktische Vorgehen bei denselben“. Er zeichnete ausführlich die Aufgabengebiete der badischen Kreise und Gemeinden und deren Bedeutung für das staatspolitische Leben.

Reichsminister Dietrich, der im Verlaufe der Tagung erschienen war, nahm dann noch kurz das Wort zu Ausführungen über innen- und außenpolitische Tagesfragen.

Die Tagung schloß mehrere Entschließungen zu den Fragen der kommunalen Verwaltung, der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe und der Selbstverwaltung der Gemeinden.

Eine gute Gelegenheit mit 50 Pf. ein Faltboot zu gewinnen! Die vielen Freunde des Fußwanderns und Raddelns wissen es der beliebten Waghäuser'schen „Folge-Kinder“ bestimmt zu danken, daß der vorbildliche Spielplan für 1930 wieder das begehrte Faltboot als 8. Hauptgewinn bringt. Es wird ein stabiles und schon geübtes Zweifachboot, Marke „Dammer“, sein, das mit Fußsteuerung ausgerüstet und auch sonst recht gut und stabil ausgestattet ist. Das Boot hat den schönen Wert von 300 RM und wird gegenwärtig in dem bekannten hiesigen Sporthaus Müller, Kaiserstraße 221, gezeigt.

Regulierung des Oberrheins

Zur Regulierung des Rheines zwischen Straßburg—Kehl und Klein werden im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für 1930 zum erstenmal 2,4 Millionen Reichsmark angefordert. Nach dem mit der Schweiz abgeschlossenen Vertrage vom 28. März 1929 entfallen von den Gesamtkosten 40 v. H. auf Deutschland und 60 v. H. auf die Schweiz. Die Gesamtkosten sind auf 50 Millionen Reichsmark veranschlagt. Es ist mit einer Bauzeit von zehn Jahren zu rechnen. Da im ersten Baujahr jedoch die verschiedenen Baustellen einzurichten und die notwendigen Geräte zu beschaffen sind, so ergibt sich für 1930 ein Gesamtbetrag von 6 Millionen, von dem auf Deutschland 2,4 Millionen Reichsmark entfallen.

Aus der badischen Industrie

Zum Lohnstreik der Bau- und Holzarbeiter teilt der Landesverband Baden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mit, daß die von anderer Seite gemachten Angaben, es hätten vor dem staatlichen Einigungsamt Verhandlungen stattgefunden, und es seien einige Einigungsvorschläge erfolgt, deren Annahme eine Lohnerhöhung verwirklichen würde, unzutreffend seien. Die Arbeitgeber des badischen Baugewerbes hätten vielmehr am 21. Februar die laufenden Bauarbeiterlöhne gekündigt und einen Lohnabbau auf der Basis 1927/28 gefordert, was einer Lohnsenkung von 10 Prozent entspreche. Die Gewerkschaften hätten demgegenüber eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde gefordert. Die bisherigen freien und vor dem Tarifamt erfolgten Verhandlungen zeitigten kein Ergebnis. Die Weiterbehandlung unterliegt dem Tarifamt zweiter Instanz, das im Laufe dieser Woche in Karlsruhe zusammentritt.

Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesverband Baden, hat: anfangs dieses Monats seine Mitglieder und deren Stellvertreter in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter zu einer Tagung nach Eberfeld eingeladen.

Fraulein Meinel, Berlin, Vorstandsmitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, hatte das Hauptreferat übernommen. Sie sprach über die Aufgaben der Reichsämter, über Verwaltung und Finanzierung. Sie zeigte, wie durch das Überhandnehmen der Arbeitslosigkeit die Reichsanstalt in diese katastrophale Lage gekommen ist. Arbeitsamtsdirektor Zoll aus Offenburg und der zweite Geschäftsführer des Arbeitsamtes Mannheim, Herr Kuhn, behandelten die Änderungen des Gesetzes vom Oktober 1929, sie zeigten die Auswirkungen der einzelnen Paragraphen. Die Vorträge lösten eine sehr lebhaftes Interesse aus. Außerordentliche Zeiten würden außerordentliche Maßnahmen erfordern. Deshalb müßte die Allgemeinheit mit zur Tragung dieser Lasten herbeigezogen werden.

Mit einem Dank an die Referenten konnte Reichstagsabgeordneter Erling die so anregend verlaufene Tagung schließen.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. In Weizen (Amt Waldshut) wurde Bürgermeister Josef Basler mit 179 von 193 abgegebenen Stimmen zum drittenmal zum Bürgermeister der Gemeinde wiedergewählt.

Am den Mannheimer Voranschlag 1930. Eine Verabschiedung der badischen Finanzgesetze ist im Monat März nicht mehr zu erwarten. Da andererseits eine Verabschiedung des städtischen Etats nicht länger hinausgeschoben werden darf, weil die zur Abgleichung des Defizits erforderlichen Maßnahmen schon mit Wirkung vom 1. April getroffen werden müssen, beschloß der Stadtrat, die Etatberatungen fortzusetzen, und in seiner nächsten Sitzung zur Abgleichung des Etats Stellung zu nehmen. Für die Verhandlungen im Bürgerausschuß ist die zweite Maiwoche in Aussicht genommen.

Sparauschuß in Mannheim. Der Oberbürgermeister in Mannheim gibt bekannt, daß er zur Prüfung der Frage, auf welchen Gebieten und in welchem Umfang bei allen Zweigen der Stadtverwaltung Einsparungen und Vereinfachungen durchgeführt werden können, einen Spar- und Rationalisierungsausschuß eingesetzt habe.

Vom Heidelberger Radiumsolbad. Interessante Versuche. Das nahe bei den Universitätsklinikern gelegene Radiumsolbad, 1928 mit 10 000 Bädern verzeichnet, verzeichnet im folgenden Jahre 25 000 Bäder und verzeichnet gegenwärtig bereits täglich bis zu 100 Bäder für Privatpatienten (10 v. H.) Ausland) und Krankenkassenangehörige aus ganz Deutschland. 1929 wurden viereinhalb Millionen Liter Sole gefördert und hiervon ein Teil für Gratisbäder an Heidelberger Schulförder gegen Nahrung und Stroflose in die nahe Schule geleitet, ein Teil zur Herstellung von Heil- und Tafelwasser abgegeben. Versuche, die Sole zur Heilung offener Wunden zu verwenden, verliefen zufriedenstellend und stehen vor dem Abschluß. Interessante Heilversuche an erkrankten, meist tropischen Pflanzen (Bananen, Lorbeer u. a.) sind in den Kellerräumen des Radiumsolbades im Gange und zeitigen überraschende Erfolge. Gegenwärtig wird der westlich des Bades gelegene Platz zu einem Kurpark umgestaltet.

Der Voranschlag der Stadt Freiburg 1930/31 schließt in den Einnahmen mit rund 14,56 Millionen Reichsmark (im Vorjahre 14,46 Millionen) und in den Ausgaben mit 15,41 Mill. (15,35 Mill.) Reichsmark an. Der Ausgabenüberschuß soll aus den Überschüssen aus den Vorjahren in Höhe von 850 000 Reichsmark (892 000 RM) gedeckt werden. Das Erträgnis der Gemeindesteuer für 1930 wird veranschlagt auf rund 2,88 Millionen bei einer Umlage von 100 Pf. für das Grundvermögen, 32 Pf. für das Betriebsvermögen und 600 Pf. für den Gewerbeertrag je 100 RM Steuerwert. Das Theater erfordert wieder einen Zuschuß von 608 000 RM.

Nachtragsforderungen für die Freiburger Klinikbauten. Der Stadtrat Freiburg hat dem Bürgerausschuß für die am 27. März stattfindende Sitzung eine Vorlage über die Klinikbauten zugehen lassen, in der als Nachtrag angefordert werden: Für die Medizinische Klinik 186 000 RM, für die Chirurgische Klinik 390 000 RM, für die Wirtschaftsgebäude 1,3 Millionen Reichsmark, ferner für verschiedene Abteilungen der neuen Kliniken insgesamt 2,1 Millionen Reichsmark.

Der Voranschlag der Stadt Konstanz für das Rechnungsjahr 1930/31 schließt mit rund 6,5 Mill. Einnahmen ab, während die Ausgaben 7,5 Mill. betragen, so daß ein ungedeckter Aufwand von rund einer Million verbleibt. Für das Rechnungsjahr 1929 ist ein Defizit von mindestens 150 000 Reichsmark zu erwarten, das in erster Linie durch die im Vorjahre vorgenommene Senkung der Umlage von 90 auf 85 Pf. hervorgerufen worden ist. Die Umlagebelastung auf den Voranschlag für 1930 ist mit mindestens 100 Pf. für das Liegenschaftsvermögen, 40 Pf. für das Betriebsvermögen und 750 Pf. für den Gewerbeertrag je 100 RM Steuerwert anzunehmen. Eine endgültige Festsetzung kann aber erst erfolgen, wenn die Nachtragsumlage für 1929 feststeht, und wenn die endgültigen Steuerwerte für das Rechnungsjahr 1929 vorliegen.

Aus der Landeshauptstadt Besuch des Kommandanten des Kreuzers „Karlsruhe“

Der Kommandant des Kreuzers „Karlsruhe“, Kapitän z. S. Lindau, stattete am Samstag in Begleitung seines Adjutanten, des Kapitänsleutnants Meißel, der Patenstadt und der badischen Regierung einen Besuch ab. Bei dem Empfang durch den Oberbürgermeister trug sich Kommandant Lindau in das Goldene Buch der Stadt Karlsruhe ein. Später machte er der Regierung im Staatsministerium einen offiziellen Besuch.

Zur Mittagsstunde fand in den Gasträumen des Staatsministeriums am Schloßplatz zu Ehren des Kommandanten ein Frühstück statt, an dem auch der Staatspräsident Dr. Schmidt, Innenminister Bittmann und Dr. Kemmele Oberbürgermeister Dr. Winter, der sächsische Gesandte, Dr. Gottschalk, der einen Abschiedsbesuch bei der badischen Regierung gemacht hatte, und der neue bayerische Konsul für Baden, Direktor Wornle, der der badischen Regierung seinen Antrittsbesuch gemacht hatte, teilnahmen.

Am Samstagnachmittag unternahm Kapitän Lindau auf Einladung der Stadt eine Fahrt in den Schwarzwald, und abends wohnte er einem Familienabend des Marinevereins Karlsruhe an. Ein Film zeigte dabei den Stapellauf und die Probefahrten der neuen „Karlsruhe“, dem dritten Schiff des gleichen Namens. Im Mittelpunkt des Abends, der durch musikalische Vorträge unrahmt war, standen Ausführungen des Kapitäns Lindau. Die „Karlsruhe“, die ein Meisterwerk deutscher Ingenieurkunst darstellt, hat 6000 Tonnen. Durch den Verkauf der Kreuzer war bekanntlich diese Höchstgrenze für kleine Kreuzer festgelegt worden. Die „Karlsruhe“ ist sehr schmal gebaut, die Länge beträgt 176 Meter, die Breite 15 Meter und der Tiefgang 5,40 Meter. Die Maschinenanlage, die 60000 PS erzeugt, und mit Olfuehrung ausgerüstet ist, verleiht dem Schiff eine Höchstgeschwindigkeit von 32 Seemeilen. Man hat dem Schiff drei Geschütze, die, ebenso wie der Geschützmasse und Kommandostand, schwer gepanzert und nach allen Seiten drehbar sind, mit je drei 15-Zentimeter-Geschützen versehen. Die Besatzung besteht aus insgesamt 500 Mann und 20 Offizieren. Kapitän Lindau wurde hierauf ein Ehrengeschenk des Marinevereins sowie von zwei Renntalerinnen mit einem hübschen Gedicht ein Blumenangebot überreicht. Der Abend, der einen würdigen Auftakt zu dem deutschen Marineunionsfest, der vom 1. bis 3. August hier stattfindet, hielt die Teilnehmer noch lange in geselligem Beisammensein beisammen. Der Kreuzer „Karlsruhe“ wird am 19. Mai eine Auslandsfahrt nach Südwestafrika und Südamerika unternemen.

Todesfall. Kunstmaler Hermann Baur, der vor einem Monat seinen 60. Geburtstag feiern konnte, ist an den Folgen einer Vergiftung gestorben. Auf Wunsch seines Vaters hatte er sich zuerst dem Kaufmannsberufe gewidmet, trat dann als 18-Jähriger in die Karlsruher Akademie ein und war u. a. Meisterschüler Trübners. Sein Hauptgebiet waren Landschaften. Hermann Baur war der intime Freund Albert Geigers, der ihm eines seiner Werke gewidmet hat und auch in der Zeit an seinem alten Jugendfreunde festhielt, als er mit der übrigen Welt zerfallen war.

Karlsruher Schwurgericht. Eifersucht bildete den Hintergrund verschiedener Straftaten, die dem 42-jährigen Vulkaniseur Jakob Ott aus Oberlufstadt (Pfalz) zur Last gelegt wurden. Die Anklage warf ihm vor, daß er am 13. Februar 1929, morgens zwischen 5 und 6 Uhr, den Reisenden Jakob Vögler auf offener Straße zu Maitat durch einen Revolvererschuß zu töten versuchte. 2. wurde Ott beschuldigt, daß er in der Nacht vom 18. auf 19. August in der Gastwirtschaft zum „Anker“ in Maitat wiederum einen Revolvererschuß auf Vögler abfeuerte. Ott verfehlte abermals sein Ziel, traf aber das vor Vögler stehende Serbierfräulein Merl, die mit einer schweren Brustverletzung zusammenbrach. Dem ihn verfolgenden Polizeibeamten wollte Ott gleichfalls einen Schuß nachjagen. Der Revolver versagte jetzt, worauf der Angeklagte mit aller Kraft auf den Polizeibeamten einschlug. Ott, der heute den zeitigen Sünder spielte, ist ledig und vielfach vorbestraft, darunter 6 Mal wegen Körperverletzung, 4 Mal wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, 1 Mal wegen Meuterei im Gefängnis, ferner wegen Rückfallsdiebstahls mit rund 8 Jahren Zuchthaus und mehrjährigem Ehrverlust. Die Beweisaufnahme brachte ein für Ott durchaus ungünstiges Bild der verschiedenen Vorgänge.

„Braucht die deutsche Arbeiterschaft Kolonien?“ über dieses Thema spricht der sozialdemokratische Politiker H. M. Gruber am 27. März 1930 im Eintrachtssaal in Karlsruhe. Die heutige einseitige Exportpolitik wird die Verengung der überseeischen Absatzmärkte nicht verhindern können, und sie kann insbesondere nicht instande sein, den zur Leistung für unsere Auslandsverpflichtungen notwendigen jährlichen Exportüberschuss zu erzielen. Unsere bedrohliche wirtschaftliche Lage kennzeich-

net den Ernst unseres Zustandes blühartig. Im engen Zusammenhang mit der Lösung dieser Aufgaben steht die Kolonialfrage. Eng mit der Behebung unserer Arbeitslosigkeit, der Gestaltung unserer jetzigen und späteren wirtschaftlichen Existenz, die auch unsere staatliche Existenz ist, hängt es zusammen, ob es gelingt, die Kolonialfrage, d. i. die Schaffung eigener, gesicherter Rohstoff- und Absatzgebiete, einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Der Redner, der ein altes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, der vor dem Kriege eine Reihe von Jahren in unseren afrikanischen Kolonien war und die dortigen Verhältnisse, wie seine verschiedenen Schriften über die Kolonialfrage beweisen (darunter „Sozialismus und Kolonialfrage“), aus gründlicher Kenntnis zu beurteilen imstande ist, wird jedem etwas Anregendes oder gar Neues bringen können. Insbesondere sei die Arbeiterschaft, die die Kolonialfrage in erster Linie angeht, da sie von jeder Wirtschaftskalamität am stärksten betroffen wird, auf die Bedeutung, welche die Kolonialfrage gerade für sie hat, nachdrücklich hingewiesen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine atlantische Zyklone ist unter Intensitätsabnahme an der französischen Küste auf das Festland übergezogen und füllt sich unter langamer Ostwärtsbewegung auf. Ihre Barometrischen Maxima gestern verbreitete Regenfälle mäßiger Ergiebigkeit. Ein Sattel hohen Druckes verbindet heute nördlich von uns das englische Hoch mit dem russischen. Wir sind damit in den Bereich des Oststroms kühler Luft gelangt, den das russische Hoch über Polen und Deutschland nach dem sich aufküllenden französischen Tief schiebt. Diese Strömung wird auch morgen unsere Witterung bestimmen. **Wetterausichten:** Begehdend wolkig und kühl bei nordöstlichen Winden, höchstens streichweise Regenfälle.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ein Gedenkstein auf dem Lehenberg
D3. Wiesloch, 23. März. Vor etwa 400 Jahren bildete der Lehenberg den Brennpunkt des Bauernaufstandes im Kraichgau. Vom Lehenberg aus wurde im Jahre 1525 die Erhebung der leibigen Bauern in den umliegenden Gemeinden organisiert. Zur Erinnerung an jene Ereignisse, die nach der Niederwerfung der Bauern ein blutiges Ende nahmen, soll auf der Kruppe des Lehenberges durch den Odenwaldklub Walsch ein Gedenkstein in Form eines einfachen Findlings mit Inschrift errichtet werden. Es wäre nun zu wünschen, daß in Verbindung mit der Gedenksteinlegung ein Kraichgauer Heimatfest stattfinden würde. Die Absicht der jungen Ortsgruppe Walsch des Odenwaldklubs ist um so mehr zu begrüßen, als in den letzten Jahrzehnten die Pflege der Kraichgauer Heimatgeschichte sehr vernachlässigt wurde.

D3. Forstheim, 24. März. Beim Nachhausegehen gerieten zwei 13-jährige Schüler in Streit, in dessen Verlauf der eine von ihnen ein Messer zog und dem anderen einen Kopfschnitt oberhalb des Ohres beibrachte. Dies ist innerhalb der vergangenen Woche der zweite Fall von Messerfechtereien zwischen Schülern. Im ersten Falle waren die Streitparteien sogar noch jünger!

D3. Oppenau, 22. März. Die im vorigen Sommer nach Unterschlagungen in Höhe von etwa 7000 M flüchtig geangene ledige Postassistentin und Schalterbeamtin beim Postamt Durach, Böhmisch, konnte in Oppenau, wo sie sich offenbar seit ihrer Flucht verheiratet gehalten hatte, festgenommen werden. Die Böhmisch befand sich im 14. Dienstjahr und hatte sich als Beamtin außerordentlich gut bewährt. Wohin die Geliebte gekommen sind, ist unerklärt. Jedenfalls kann sie die Geliebte nicht verbrannt haben.

bid. Überlingen, 24. März. Der rätselhafte Mord an der 19-jährigen Sophie Friedrichs, die am 17. Januar im Burgberger Waldchen am Brühlengeländer erhängt aufgefunden wurde, ist nunmehr geklärt. Der verdächtige und verhaftete E. Schiele, der bei Pfullendorf beheimatet ist, hat am vergangenen Samstagmorgen dem Amtsrichter ein umfassendes Geständnis abgelegt und die Mordtat eingestanden.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	24. März		22. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.91	168.25	167.88	168.22
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	21.92	21.96	21.92	21.96
London . . . 1 Pf.	20.367	20.407	20.365	20.405
New York . . . 1 D.	4.1855	4.1935	4.186	4.194
Paris . . . 100 Fr.	16.39	16.43	16.385	16.425
Schwiz . . . 100 Fr.	81.025	81.235	81.07	81.23
Wien 100 Schilling	53.385	53.105	53.385	53.105
Brag. . . 100 Kr.	12.407	12.427	12.409	12.429

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In der am heutigen Montag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe erbatete der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Konful Nicolai, Bericht über die durch die früheren Veröffentlichungen bereits bekannte Lage des Unternehmens, worauf nach § 240 S. 2. B. Mitteilung davon gemacht wurde, daß nach der inzwischen erfolgten Zwischenbilanz die Hälfte des Aktienkapitals als verloren gilt.

Als Vertrauensperson erklärte Rechtsanwalt Dr. Max Homberger, daß die Frage, wie viel als verloren gelten könne, sich noch nicht mit Bestimmtheit beantworten lasse. Die Zwischenbilanz lasse erhoffen, daß bei einer ruhigen Abwicklung des Liquidationsverfahrens die Befriedigung der Gläubiger möglich sei, ob in vollem Umfang, das hänge von einer Reihe wirtschaftlicher Faktoren ab, die man noch nicht voraussehen könne. Ob und eventuell in welcher Höhe darüber hinaus noch eine weitere Ausschüttung an die Aktionäre erfolgen könne, lasse sich natürlich ebenfalls noch nicht beantworten.

Auf Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden wurde sodann ohne Widerspruch der Punkt 3 der Tagesordnung, Beschluffassung über die Liquidation, abgesetzt, da noch immer Verhandlungen schwebten, die noch eine schwache Hoffnung ließen, das Werk doch noch erhalten und sanieren zu können. Gleichzeitig wurde aber der Verwaltung die Ermächtigung erteilt, wenn es die Verhältnisse bedingen sollten, mit dem Verkauf von Maschinen einzuwilligen zu beginnen.

Ein Mitglied des Betriebsrates der Gesellschaft betonte in der Aussprache u. a., daß der Karlsruher Stadterwaltung bereit sei, wenn sich irgend eine Grundlage finde für eine rationelle Fortführung des Betriebes, nach Möglichkeit zu helfen, da auch sie ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Betriebes habe. Vertreten waren 15313 Stammaktien und 2775 Vorzugsaktien.

Verkauf der Maschinenfabrik Badenia-Weinheim? Die Maschinenfabrik Badenia-Weinheim vorm. Wm. Plaz Söhne AG. befindet sich seit Mitte v. J. bekanntlich in Liquidation. Die Maschineneinrichtung usw. ging an die Stadt Weinheim über, die für 1 Mill. Reichsmark die Bürgerschaft übernommen hatte. Die Stadt stand nun vor der Frage, ob durch Verkauf oder Heranziehung privaten Kapitals das Werk wieder in Betrieb genommen werden könne. Wie wir hören, steht der Abschluß eines Verkaufsvertrages mit einem englischen Konsortium nun unmittelbar bevor. Diese Angelegenheit wird den Bürgerausschuß am 27. März in nichtöffentlicher Sitzung beschäftigen. An dem Projekt ist außer der englischen Interessengruppe auch die Weinheimer Firma Keller & Cie. interessiert. — Die Meldung verschiedener Blätter, daß ein Abbruch des Werkes beabsichtigt sei, trifft also nicht zu.

Favag-Vergleich rechtsgültig. Der Senat des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung, Berlin, verkündete am Samstag in Sachen der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. Frankfurt a. M. eine Entscheidung, in der es heißt: Das erlassene Zahlungsverbot wird weiterhin aufrechterhalten. Die Aufrechterhaltung erfolgt zwecks Durchführung der in der Generalversammlung vom 21. März beschlossenen Liquidation und auf Grund der von der Verwaltung der Gesellschaft abgegebenen zureichenden Erklärung, wonach die Abwicklung der Geschäfte unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen der Konturordnung mit der Maßgabe erfolgen soll, daß als Tag der Konturseröffnung der 16. November 1929 zu gelten hat. Der Vorstand hat daraufhin mit den Mitgliedern des Aufsichtsrates den von diesen angebotenen Vergleich abgeschlossen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben gleichzeitig auf das in diesem Vergleich vorgesehene Austrittsrecht verzichtet. Sie werden in den nächsten Tagen die Stellen bekanntgeben, bei denen die abzuliefernden Aktien einzureichen sind. Damit ist auch der Vergleich mit den Gläubigern endgültig rechtskräftig geworden.

Die neue „Deutsche Beamtenzentralbank AG. Berlin“ gegründet. Die Deutsch-Genossenschaftliche Bank AG. Berlin beschloß in einer außerordentlichen Generalversammlung die Umänderung ihres Namens in „Deutsche Beamtenzentralbank AG.“ mit ihrem Sitz in Berlin. Das Kapital wurde zunächst auf 70000 M. zusammengelegt und dann auf 500000 M. erhöht. Laut „Vol.-Anz.“ hat die Majorität, nämlich 260000 Reichsmark, die Deutsche Bank und Discontogesellschaft übernommen. Die restlichen 240000 M. entfallen zur Hälfte auf den Deutschen Beamtenbund mit einer Anzahl von 1040000 Mitgliedern und auf den Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund mit rund 1 Million Mitglieder. Diese Bank soll den Beamten die Möglichkeit geben, ihre Gehälter zu beschaffen und im übrigen auch Kredite in Anspruch zu nehmen, ohne, wie früherzeit bei der Bank für deutsche Beamte, eine Gefahr für die Einlagen der Beamten mit sich zu bringen. Dafür soll die Majorität der Debitant garantieren.

Frühjahrsneuheiten in Seide

Eine kaum beschreibliche Mannigfaltigkeit und Farbendracht. Alle reinseidenen einf. Qualitäten bedr. Crêpe de Chine, Foulard, Rohseide, Toile. Die besten Kunstseidenfabrikate Agfa, Travise, Bemberg, ebenso billige, reizende indanthr. bedr. Qualitäten. Wäscheseide in größt. Auswahl

Leipheimer & Mende

am: Freitag, den 2. Mai 1930, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestr. 8, III. Stad., Zimmer Nr. 253. Wer Gegenstände der Konturmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinsschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konturverwalter bis zum 11. April 1930 anzuzeigen.

Karlsruhe, 21. 3. 1930.
Amtsgericht A. I.

Eintracht

Donnerstag, 27. März, 20¹/₄ Uhr
Vortrag des Herrn **H. M. Gruber**,
Mitglied der S. P. D.

„Braucht die deutsche Arbeiterschaft Kolonien?“

Koloniale Arbeitsgemeinschaft
Eintritt: 30 und 60 Rpf. R. 247
Vorverkauf: Musikalienhandlung
Fritz Müller
Kaiser-, Ecke Waldstr.

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr
Sonntags 3¹/₂ u. 8 Uhr

Das
auserlesene
bunte
Revue-Programm
mit Varieté-Einlagen

Inserieren bringt Gewinn!

Karlsruhe. O. 314
Über das Vermögen des
Theodor Billigheimer,
Brandweinbrennerei in
Karlsruhe, Stadtr. 46b,
wurde heute nachmittags
5¹/₂ Uhr Konkurs eröffnet.
Konkursverwalter ist:

Beidgüter kaufmännischer
Sachverständiger Karl
Nagel in Karlsruhe. Kon-
kursforderungen sind bis
zum 25. April 1930 beim
Gerichte anzumelden. Ter-
min zur Wahl eines Ver-
walters, eines Gläubiger-
ausschusses, zur Entschlie-
ßung über die in § 132
der Konkursordnung be-
zeichneten Gegenstände ist
am: Freitag, den 11. April
1930, vormittags 11 Uhr,
und zur Prüfung der an-
gemeldeten Forderungen

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landestheater

Dienstag, 25. März 1930,
* B 18. Th.-Gem. 301-400

Der Waffenschmied

Komische Oper von Lorzing
Dirigent: Krips
Regie: Ammermann

Mitwirkende:
Blanz, Grünwald, Seyfert,
Gröhinger, Kalnbach, Lauf-
föller, Löfer, Oerner,
Schöpfkin, Arras.

Anfang 20. Ende 22¹/₂
Preise C 1-7 RM

Mi. 26. März: **Sebastian-
legende.** Do. 27. März:
Die Affäre Dreifus.
Freitag, 28. März: **Der
Zigeunerbaron.**
Sa. 29. März: **Die Affäre
Dreifus.** So. 30. März:
Neu einstud. **Die Südin.**
Im Koncerthaus: **Water
sein** dagegen sehr.
Mo. 31. März: **Sebastian-
legende.**